

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 20. Juni 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Zur Interpellation von A. Miesen zur Provinz

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung.

1. Genau so wie Herr Senator Miesen verurteilen wir seit Jahren den unverhältnismäßig niedrigen Rückfluss an Steuergeldern aus Immobilienzuschlagssteuern aus der Provinz in die DG. Bisher waren es gerade mal 5 Prozent, 800.000 Euro von rund 16 Mio € !!!) Wir sind der Meinung, dass substanziell viel Mehr Mittel aus diesen Immobiliensteuern in die Gegend, welche diese Steuern aufbringt, zurückfließen müssen!

Die ProDG-Fraktion fordert die Vereinfachung unseres Föderalismus, d.h. einen Abbau von der Anzahl Entscheidungsinstanzen auf ein und demselben Territorium – auch bekannt unter dem Kürzel „Belgien zu Viert“.

Wir begrüßen selbstverständlich, dass dies von der breiten Mehrheit dieses Hauses erkannt und im 5-Parteienkonsens gefordert wird.



2. Auch wir sind für die unter Punkt vier der Interpellation angesprochene Loslösung aus der Provinz Lüttich – auch eine Aussage unseres Grundsatzprogramms. Wir plädieren für eine zeitgemäße, kostengünstige und pragmatische Lösung, egal ob sie sich am Brüsseler Modell orientiert oder die Übertragung der Provinzbefugnisse und – mittel an die DG über Artikel 139 ins Auge fasst. Eine Lösung ist überfällig, durch breiten Konsens voll legitimiert und auf jeden Fall konform mit dem Subsidiaritätsprinzip.

3. Was die Kontroverse um den Wahlmodus für die Gemeinderatswahlen 2018 betrifft, so können wir die juristischen Bedenken der Regierung der WR diesbezüglich nicht nachvollziehen.

Vor dem Hintergrund, dass der Wahlmodus, für den sich eine Gebietskörperschaft 2018 entscheidet, aus Sicht des Föderalstaates für alle zukünftigen Wahlen bindend ist, erwächst für uns die Aufgabe, eine Benachteiligung oder Diskriminierung der DG-Bürger zu verhindern. In der Resolution von vor einigen Wochen haben wir uns mit breiter Mehrheit für die elektronische Wahl in der DG entschieden.

Die von der Regierung der WR vorgeschlagene zeitliche Verschiebung der Kommunalwahl auf dem Territorium der DG sollte unsere Regierung, juristisch gründlich prüfen, das Parlament zeitnah über Erkenntnisse und Fortschritte in dieser Akte unterrichten und anschließend die Schlussfolgerungen aus diesen Untersuchungen zum Wohl der Bürger der DG umsetzen.



Und so komme ich zum Schluss:

Die Interpellation von Senator Miesen entspricht in fast allen Punkten dem Grundsatzprogramm von ProDG.

Wir würden uns also freuen, wenn es unserer Regierung gelänge, ihre Gesprächspartner in Namur davon zu überzeugen, dass die von uns geforderte Übertragung der Provinzbefugnisse und -mittel vor allem pragmatisch begründet ist und dass sie in der Grundsatzerklärung dieses Parlamentes von Juni 2011 nahezu einstimmig verankert wurde.

Wir sind überzeugt, dass ein partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe den gutnachbarschaftlichen Beziehungen und der engen Zusammenarbeit zuträglicher sein werden, als es die augenblicklich unbefriedigende Situation jetzt ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alfons Velz

ProDG-Fraktion